

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 24. Februar hat die Vize Landtagspräsidentin die Landtagssitzung angesichts der Eskalation des Ukraine-Konflikts vormittags unterbrochen. Mittags wurde die Beratung mit der Dringlichkeitsdebatte wieder aufgenommen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt den russischen Angriff in einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktion und bekundete seine Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung. „Knapp 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht ein neuer Flächenbrand in Europa. Aufgabe ist es jetzt, eine solche Katastrophe zu verhindern. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen und auf das Schärfste zu verurteilen ist. Russland muss diese Militäraktion sofort einstellen. Es ist das Ende unserer europäischen Friedensordnung, die auf der vor 49 Jahren verabschiedeten KSZE-Schlussakte von Helsinki basiert,“ sagte unsere SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli.

In den Morgenstunden des Donnerstags 24. Februar 2022 hat Russlands Präsident Wladimir Putin den Befehl zum Einmarsch in der Ukraine gegeben. Neben Luftangriffen marschierten russische Bodentruppen von Osten und Norden her sowie über die Krim und das Schwarze Meer in ukrainisches Staatsgebiet ein. Plötzlich ist Krieg in Europa ganz real und sehr nah. Vor der Ostgrenze der Europäischen Union ist Krieg. Es gibt keine Rechtfertigung für diesen Überfall der Ukraine. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist für Putin die größte geopolitische Katastrophe des letzten Jahrhunderts. Putin will Russland wieder zu einer imperialen Großmacht machen. Er verfälscht historische Tatsachen und spricht der Ukraine ihr Existenzrecht ab. Indirekt droht er mit Atombomben, sollte der Westen sich einmischen, mit „Konsequenzen, wie Sie sie noch nie in Ihrer Geschichte erlebt haben“. Wir erleben die Erosion von Gewissheiten. Eine Annahme bestand über Jahrzehnte darin, dass in Europa keine Angriffskriege mehr denkbar sind. Dass kein Land auf diesem Kontinent ein anderes vorsätzlich angreifen und besetzen konnte.



Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Angriff Russlands auf die Ukraine scharf verurteilt.

In seiner Fernsehansprache 24. Februar 2022 sagte Bundeskanzler Olaf Scholz: „Gerade erleben wir den Beginn eines Krieges, wie wir ihn in Europa in mehr als 75 Jahren nicht erlebt haben. Olaf Scholz sprach von einem „furchtbaren Tag für die Ukraine“ und einem „düsteren Tag für Europa“. Russlands Vorgehen ist ein Überfall auf ein unabhängiges souveränes Land. Das ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. „Es ist der Versuch, Grenzen innerhalb Europas gewaltsam zu verschieben, ja vielleicht ein ganzes Land von der Weltkarte zu tilgen.“ „Aber es gibt kein Zurück in die Zeit des 19. Jahrhunderts, als Großmächte über die Köpfe kleiner Mächte hinweg entschieden. „Es gibt auch kein Zurück in die Zeit des Kalten Krieges, als Supermächte die Welt unter sich aufteilten in Einflusszonen. Und es gibt auch kein Zurück in die Zeit vor 1989.“ „Damals haben sich Bürgerinnen und Bürger Freiheit und Demokratie erkämpft - auch in Deutschland und der Ukraine“.

Am 27. Februar 2022, einem Sonntag, hat sich der Bundestag wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine zu einer Sondersitzung getroffen. In seiner Regierungserklärung betonte Bundeskanzler Olaf Scholz, „dass die Bundesrepublik Deutschland fest und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde“ steht. Die Sondersitzung des Deutschen Bundestags bedeutet eine Zäsur. Nichts ist mehr so, wie es war. Bundeskanzler Olaf Scholz bekundet nicht mehr nur Solidarität in Richtung Kiew. Die Bundesregierung handelt und liefert Waffen in die Ukraine. Olaf Scholz begründete in der Regierungserklärung die Sanktionen gegen Russland mit den Worten: „Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben.“ „Unsere Richtschnur bleibt die Frage: Was trifft die Verantwortlichen am härtesten? Die, um die es geht. Und nicht das russische Volk. Denn: Putin, nicht das russische Volk hat sich für den Krieg entschieden. Deshalb gehört es deutlich ausgesprochen: Dieser Krieg ist Putins Krieg! ...Die Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen nach dem Zweiten Weltkrieg ist - und bleibt - ein wichtiges Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte. Und ich weiß, wie schwierig zu ertragen die derzeitige Situation gerade für die vielen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist, die in der Ukraine oder in Russland geboren sind. Darum werden wir nicht zulassen: dass dieser Konflikt zwischen Putin und der freien Welt zum Aufreißen alter Wunden und zu neuen Verwerfungen führt. Und noch etwas sollten wir nicht vergessen: In vielen russischen Städten haben Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Tagen gegen Putins Krieg protestiert, haben Verhaftung und Bestrafung in Kauf genommen. Das erfordert großen Mut und wahre Tapferkeit!“

Es ist ein Krieg gegen uns alle. Gegen Freiheit. Gegen Demokratie. Gegen unser europäisches Wertesystem. Seit dem 24. Februar 2022 leben wir in einem anderen Europa. Jetzt haben wir Krieg in unserem europäischen Haus, denn dazu gehört die Ukraine. Das ist das Irritierende an diesem Krieg, dass man sich offenbar auf nichts mehr verlassen kann. Und über allem schweben die Fragen: Was will Putin eigentlich, was plant Putin als nächstes, begnügt er sich mit der Ostukraine, will er mehr? Fragen, die wir wohl erst im weiteren Verlauf dieses aggressiven Krieges beantworten können. Und kann Russland selbst nach einem Sieg die Ukraine langfristig beherrschen?

Zur ersten Sitzung im neuen Jahr 2022 kam der Landtag am 26. Januar im Plenarsaal in Kiel zusammen. Im Zentrum der Debatten standen Sonderzahlungen an Landesbedienstete im Zusammenhang mit der Corona Pandemie, der Antrag der SPD nach einem vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie, die angestrebte Hochschulreform, die Auswirkungen der steigenden Energiepreise sowie die Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma im Land. Zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch würdigte der Landtag das 40-jährige Jubiläum der Patenschaft mit der Gorch Fock. Am Donnerstag gedachte der Landtag an die Opfer des Nationalsozialismus. In Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945 gedenkt Deutschland jedes Jahr an diesem Datum offiziell der Opfer des Nationalsozialismus. Dieses Datum mahnt uns auch, dass wir uns immer gegen Ausgrenzung, Hass, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu positionieren.

Thomas Losse-Müller wurde am 5. Februar 2022 in Neumünster auf der Landeswahlkonferenz der SPD zu unserem Spitzenkandidaten auf Platz 1 der Landesliste gewählt. Er erhielt 188 von 200 möglichen Stimmen. In seiner Rede betonte Thomas Losse-Müller: „Schleswig-Holstein braucht eine Regierungskoalition, die Fortschritt will und gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren kann. Diese Koalition gibt es nur mit der SPD. Ich will diese Koalition anführen und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein werden. Das Soziale hat in Jamaika keine Stimme. Wir verlieren das Vertrauen der Menschen, wenn wir keinen bezahlbaren Wohnraum sichern, wenn Beschäftigte keine anständigen Löhne haben und wenn wir Familien mit steigenden Preisen und ihren Sorgen alleine lassen.“ Klimaschutz, Digitalisierung, industrielle Modernisierung, bezahlbares Wohnen, Entlastung von Familien und Erhöhung des Mindestlohns hob Thomas Losse-Müller als Schwerpunkte hervor. Klimaschutz muss sozial abgesichert und industriepolitisch durchdacht sein. Ziel ist, die Kitas in Schleswig-Holstein gebührenfrei zu machen und Schleswig-Holstein bis 2040 klimaneutral, und zwar fünf Jahre schneller als im Bund.

Am 14. Februar 2022 gab es wieder eine Expertenanhörung zur aktuellen Corona-Lage, diesmal im Sozialausschuss. Die Maskenpflicht zählt zu den Maßnahmen, die aus Sicht der Mediziner längerfristig erhalten werden sollte. Zwischen den Experten besteht Einigkeit darüber, dass die Omikron-Variante nicht dafür gesorgt hat, dass die Krankenhäuser überlastet werden. SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli sagte am 23. Februar 2022: „Zunächst einmal möchte ich meiner Erleichterung Ausdruck geben, dass die derzeitige Omikronwelle nicht die verheerenden Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem hat, die die Expert*innen noch Anfang Dezember befürchten mussten. Damals hatten die Wissenschaftler*innen entsetzt feststellen müssen, dass Omikron die Impfungen bei der Infektion viel häufiger überwindet als die Vorgängervarianten... Herausgestellt hat sich aber auch, dass die Impfungen, besonders die Booster-Impfung, sehr gut gegen schwere Verläufe schützen und diese auf unter ein Zehntel reduziert. Die SPD-Landtagsfraktion hatte schon Ende 2020 eine Ampel für die Coronamaßnahmen vorgeschlagen, weil uns klar war, dass die Pandemie noch viel länger dauern würde, als von vielen erwartet.

Bei allen Lockerungsbemühungen dürfen wir aber den Grundschutz in der Pandemie nicht zu früh reduzieren, den Maskenschutz in Innenräumen nicht früh fallen lassen. Denn FFP2-Masken sind immer noch der beste Infektionsschutz gegen Aerosole in Innenräumen.“ Die einrichtungsbezogene Impfpflicht stösst nicht nur auf Zustimmung, aber sie ist gesetzlich beschlossen worden, auch von Ministerpräsident Markus Söder. Mit seiner Weigerung, die einrichtungsbezogene Impfpflicht umzusetzen, schadet Markus Söder dem Rechtsstaat. Es stellt sich die Frage, gilt das Grundgesetz nicht in Bayern? Die SPD-Landtagsfraktion erwartet von der Jamaika-Koalition ein Umsetzungskonzept, „das auch auf die Sorgen und Ängste der Menschen in den Pflegeheimen, Krankenhäusern, Arztpraxen, Tageskliniken, Reha und vielen mehr eingeht.“

Im Februar 2022 hat Marit Hansen, die Landesbeauftragte für Datenschutz in Schleswig-Holstein, ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021 vorgelegt. Das Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) erhielt 1.464 Beschwerden zu mutmaßlichen Datenschutzverstößen, weitere 712 Beratungsanfragen wurden bearbeitet. Dies entspricht etwa den Zahlen des Jahres 2020. Beim ULD gingen viele Beschwerden ein, wenn im Rahmen der Corona-Schutzmaßnahmen personenbezogene Daten beispielsweise von Gästen oder Beschäftigten verlangten, die gar nicht erforderlich waren, oder wenn das Risiko bestand, dass unbefugt auf sensible Daten zugegriffen werden konnte. Eine Zunahme um 50 % war im Bereich der Informationsfreiheit zu verzeichnen, in dem das ULD in 78 Fällen eingeschaltet wurde und häufig erreichen konnte, dass mehr Informationen herausgegeben wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Datenpannen-Meldungen um etwa 60 %. In den Prüfungen zeigte sich, dass es noch immer Fälle gibt, in denen die Verantwortlichen ihrer Meldepflicht nicht nachgekommen sind. Besorgniserregend finde ich die Bemerkungen im Tätigkeitsbericht zu den Datenpannen im Justiz-Bereich, insbesondere der Staatsanwaltschaften, weil dies für die Betroffenen nicht selten erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Damit die Landesdatenschutzbehörde auch in Zukunft adäquat mit den gemeldeten Fällen umgehen kann, braucht sie entsprechende personelle sowie finanzielle Ressourcen. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins mit digitalen Prozessen so vertraut machen, dass sie den Anforderungen des Datenschutzes ohne zeitliche oder personelle Überforderung gerecht werden. Dies war auch so die Aussage in meiner Kieler Pressemitteilung zur Landtagssitzung am 23. Februar 2022, ein Tag vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine.

Bleibt gesund!

Euer Stefan Weber

Aus dem Plenum

Suchtbekämpfung bleibt der Maßstab für Glücksspielgesetze

Mit Inkrafttreten des neuen Glücksspielstaatsvertrages hat Schleswig-Holstein seine Regeln für Spielhallen und Online-Casinos angepasst. Neue Spielhallen dürfen nicht mehr in der Nähe von Schuldnerberatungen eröffnet werden. Online-Casinos zahlen künftig zwischen 34 und 44 Prozent Spielsteuern. Die Steuer fällt für den sogenannten Bruttospielertrag an, das sind Spieleinsätze abzüglich der ausgezahlten Gewinne.

Die SPD-Landtagsfraktion hat weiter Bedenken, stimmte den Gesetzentwürfen aber zu. Wir haben ernsthafte Sorge, dass dieser Weg zu einer Erhöhung der Abhängigkeiten führen wird, sagte der SPD-Innenpolitiker Kai Dolgner. Die Macher des Gesetzes müssten sich nicht nur an den steigenden Einnahmen messen lassen, sondern auch am künftigen Spielerschutz. Kai Dolgner: „Nun hat sich ihre Auffassung in großen Teilen durchgesetzt, dass mit einer möglichst weitgehenden Legalisierung auch die Suchtvermeidung und Suchthilfe am besten zu gestalten sei. Wir haben im Gegenteil weiterhin die ernsthafte Sorge, dass dieser Weg zu einer Erhöhung der Abhängigkeitszahlen führen wird. Als Wissenschaftler habe ich starke Sympathien dafür, die von Ihnen erwartete und immer als Begründung für die Liberalisierung angeführte bessere Suchtbekämpfung, wissenschaftlich begleiten zu lassen. Deshalb hatten wir den Änderungsantrag gestellt, diese Mittel um 200.000 Euro zu erhöhen und diese Forschungsprojekte von einem Beirat begleiten zu lassen, in dem auch diejenigen vertreten sind, die an vorderster Front mit den Auswirkungen von Spielsucht zu kämpfen haben, die Wohlfahrtsverbände, die Fachberatungsstellen und der Suchtselbsthilfe. Das haben sie heute Morgen im Ausschuss leider kommentarlos abgelehnt.“ Anzumerken ist, dass im neuen Sportfördergesetz eine Erhöhung der Mindestfördersumme auf 11 Millionen vorgesehen ist, aber um die Erhöhung von drei Millionen zu finanzieren, dafür der Abzug aus den Glücksspieleinnahmen erhöht wurde. Kai Dolgner sagte dann auch ganz richtig: „Das sieht haushaltsmäßig natürlich besser aus, als die Ausgaben zu erhöhen.“

Die Rede von Kai Dolgner kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-26T14.57.49.929P01.00.mp4#t=5349,5711>

Einführung eines Jugend-Checks

In der Landtagssitzung am 26. Januar 2022 hat die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit den SSW einen Antrag (Drs.19/3522) zur Einführung eines Jugend-Check für die Landesgesetzgebung eingebracht. In dem Antrag heißt es: „Der sogenannte Jugend-Check ist mittlerweile ein gut erprobtes Instrument der Gesetzesfolgeabschätzung, das für mehr Jugendgerechtigkeit und mehr Jugendbeteiligung sorgen kann. Viele Gesetzesvorhaben, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden auf Länderebene erarbeitet.“

Gleichzeitig hat diese Gruppe aber keine direkten Einflussmöglichkeiten und ist unterrepräsentiert. Daher ist es sinnvoll, den Jugend-Check auch in Schleswig-Holstein verbindlich einzuführen. Es gibt bereits auf Bundesebene einen Jugend-Check. Das Kompetenzzentrum Jugend-Check ist ein Projekt des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung. Es macht ressortübergreifend darauf aufmerksam, wo und wie Gesetze aus unterschiedlichen Bereichen junge Menschen betreffen können. Ein Jugend-Check leistet einen Beitrag zu mehr Jugendgerechtigkeit, korrigiert uns dort, wo es notwendig ist.“ SPD-Landtagsabgeordneter Tobias von Pein sagte: „So kann es in Gesetzgebungsprozessen oder danach immer wieder dazu kommen, dass sich es Nachbesserungen geben muss. Im Sinne der Kinder und Jugendlichen, aber auch im Sinne einer „guten Gesetzgebung“. Der Jugend-Check ist eine gute Möglichkeit um hier wirksam helfen. Der Jugend-Check ist ein Prüf- und Sensibilisierungsinstrument, um die politische Aufmerksamkeit für die Lebenslagen und Belange junger Menschen zu steigern.“

Unser gemeinsamer Antrag wurde federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Die Rede von Tobias von Pein kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-26T14.57.49.929P01.00.mp4#t=3451,3732>

Abschaffung Straßenausbaubeiträge

Kommunen ist es bisher selbst überlassen, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Es ist eine Entweder-oder-Regelung. Nun sollen Gemeinden, die an der Erhebung der Beiträge grundsätzlich festhalten, durch einen erhöhten Gemeindeanteil Grundstückseigentümer entlasten können. Die SPD-Landtagsfraktion ist der Auffassung, alle Kommunen so auszustatten, dass sie überhaupt keine Straßenausbaubeiträge erheben müssen. Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies spricht in ihrer Rede ganz richtig von einer Mogelpackung. „Kurz vor Ende der Legislaturperiode kommt Jamaika mit einer Änderung des KAG um die Ecke. Die Landesregierung schlägt nun vor, bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen den Eigenanteil von Gemeinden neu zu regeln. Ziel ist es, die Erhebung bürgerfreundlicher zu machen und die Bürger*inneren zu entlasten, wenn aus finanziellen Gründen eine Abschaffung nicht möglich ist. Das ist nichts anderes als das konkludente Eingeständnis, dass die finanzielle Kompensation, die Jamaika den Gemeinden über das FAG gewährt, nicht ausreichend ist... Allerdings frage nicht nur ich mich, warum sie im KAG jetzt nicht die Erhebung der Beiträge für alle beenden - die FAG-Reform ist doch abgeschlossen! Die Abschaffung der reinen Erhebungspflicht ohne finanziellen Ausgleich ist und bleibt eine Mogelpackung und politische Zechprellerei. Eine echte Wahlmöglichkeit haben nur Kommunen, die ohnehin über eine gute Finanzausstattung verfügen.

Finanzschwächere Kommunen waren und sind dazu gezwungen, ihre Einwohner*innen durch Straßenausbaubeiträge zu belasten oder sich anderweitig aus dem knappen Haushalt zu schneiden.... Und da liegt der wahre Grund, weshalb sie nicht den zu Beginn der Legislaturperiode angekündigten Schritt gehen und die Erhebung im KAG untersagen. Bei der Pferdesteuer ging es doch auch. Dann würde sich nämlich zeigen, dass die Kommunen eben nicht ausreichend Geld erhalten haben. Und wenn die Kommunen dann das fehlende Geld einklagen, fällt Ihr Kartenhaus in sich zusammen...“

Die Rede von Beate Raudies kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-26T14.57.49.929P01.00.mp4#t=7513,7922>

Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein

Die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW hatten die Landesregierung aufgefordert, ein Forschungsprojekt in Auftrag zu geben, welches die Geschichte der deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein aufarbeitet. Eine Studie soll dazu beitragen „das Wissen über diese Minderheit deutlich zu verbreitern und die Erscheinungsformen des Antiziganismus besser zu verstehen“. Geworden ist daraus ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW.

Antiziganismus beschreibt Diskriminierung und Hass gegen Sinti und Roma. Umstritten ist der Begriff, weil er das Wort „Zigeuner“ beinhaltet. In dem Antrag heißt es: „Antiziganismus hat sich über Jahrhunderte in der europäischen Geschichte entwickelt und ist heute in unserer Gesellschaft tief verwurzelt. Die Zahl der erst seit 2017 offiziell erfassten antiziganistischen Straftaten hat sich laut der Statistik „zur politisch motivierten Kriminalität“ von 2018 bis 2020 mehr als verdoppelt. Der Abschlussbericht der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ stellt fest: „Antiziganismus ist wie der Antisemitismus ein strukturell in der europäischen Moderne angelegtes vielschichtiges, das Zusammenleben von Menschen immer schon vergiftendes Phänomen langer Dauer und kann nur als solches erfolgreich bekämpft werden...Die Minderheit der deutschen Sinti und Roma ist bereits seit dem 15. Jahrhundert in Schleswig-Holstein ansässig und seitdem Teil unserer Gesellschaft. Sie ist neben der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe eine der anerkannten nationalen Minderheiten im Land und steht seit 2012 unter dem Schutz der Landesverfassung...“

Die Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein soll dazu beitragen, das Wissen über diese Minderheit in Schleswig-Holstein deutlich zu verbreitern und die Erscheinungsformen des Antiziganismus besser zu verstehen, um so der wachsenden Diskriminierung dieser Minderheit auch in unserem Land stärker entgegenwirken zu können.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls in ihrer Rede: „Wir können unsere Geschichte nicht ungeschehen machen, aber wir müssen dafür sorgen, dass sie sich nicht wiederholt! ... Der Landesverband der Sinti und Roma mit seinem

Vorsitzenden Matthäus Weiß gedenkt jährlich am 16. Mai u.a. in Kiel dieser furchtbaren und menschenverachtenden Verfolgung und des Völkermordes an Sinti und Roma. Diese Vernichtung ganzer Familien lässt die Nachkommen bis heute schweigen und still sein. Nicht weil sie nichts erzählen könnten, nein, sondern weil weiterhin diese unerträgliche Angst vorherrscht, dass sich Geschichte wiederholen könnte.“

Die Rede von Birte Paul kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-27T09.59.46.963P01.00.mp4#t=6815,7149>

Jobticket

Beschäftigten der Landesverwaltung wird seit August 2021 ein Jobticket mit einem monatlichen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 30 Euro angeboten. Bezuschusst werden das NAH.SH-Jobticket (nutzbar seit 1. August 2021), das Jobticket der Aktiv Bus Flensburg GmbH (nutzbar seit 1. September 2021) und die Bahncard 100. Bei einem Arbeitgeberzuschuss von 15 Euro wird ein zusätzlicher Rabatt von 10 Euro gewährt, wodurch der Arbeitnehmer im Monat 25 Euro spart. Bei einem Zuschuss von 30 Euro beträgt der Rabatt 20 Euro und die Ersparnis somit 50 Euro. Die vorgelegten Zahlen machen deutlich, „das Jobticket steckt noch in den Kinderschuhen“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete und Verkehrsexperte Kai Vogel. Beim Blick auf 1,4 Millionen Erwerbstätige in Schleswig-Holstein sind 6300 Ticket-Nutzer wenig.

Kai Vogel: „Bei knapp über 1,4 Millionen Beschäftigten in ganz SH ist der Anteil aber doch recht überschaubar. Und selbst wenn ich die angepeilte Zielmarke für 2022 von 10.000 Jobtickets nehme, nutzen beim HVV die ProfiCard – so heißt das Jobticket in Hamburg – über 200.000 Personen deren Angebot. 200.000 in Hamburg und bei uns 6.300 beim Firmen- oder Jobticket ist schon ein deutlicher Unterschied. Die Gesamtzahl der Unternehmen wird in Schleswig-Holstein mit über 116.000 beziffert. Wenn dann von denen 70 Firmen aktuell einen Rahmenvertrag geschlossen haben und 150 weitere dies zum Jahresende 2021 überlegten, wenn von 1,4 Millionen Erwerbstätigen aktuell 6.300 das alte oder neue Jobticket nutzen, ist da noch ganz viel Luft nach oben, denn das sind wirklich keine guten Zahlen. Auf meine Kritik bei der ersten Debatte, dass ein Jobticket mindestens 5 Beschäftigter bedarf, antwortete der Minister, dass man sich ja nur zusammenschließen müsse. Das scheint nur wirklich kaum jemand zu nutzen. Zudem führt die Pandemie verstärkt zum Arbeiten im Homeoffice, doch auf Personen, die nur einzelne Tage in der Woche zur Arbeit fahren und an den anderen Tagen von zuhause arbeiten, hat das Jobticket aus Schleswig-Holstein insbesondere für die nicht städtischen Nutzer des Jobtickets ebenfalls noch keine attraktive Antwort.“

Corona-Sonderzahlung

Der Landtag befasste sich im Januar 2022 mit der für März geplanten steuerfreien Corona-Sonderzahlung in Höhe von einmalig 1.300 Euro für den Öffentlichen Dienst. Dies wird laut Gesetz der Jamaika-Koalition aber nur an jene Beschäftigten gezahlt, die aktiv im Dienst sind. Die SPD-Fraktion fordert, die Summe auch an Rentner und Pensionäre zu zahlen. „Dieser Gesetzentwurf dokumentiert ein gebrochenes Versprechen“, sagte die SPD-Abgeordnete Beate Raudies zum Gesetzentwurf. Im November 2019 habe die Landesregierung den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden „die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des nächsten Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger schriftlich zugesagt“. Entgegen dieser Vereinbarung werde die einmalige Corona-Sonderzahlung den Versorgungsempfängern nun „verweigert“, so Raudies. Am zweiten Sitzungstag wurde das Gesetz dann Zweiter Lesung beschlossen. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hatte sich im November 2021 auf eine Corona-Sonderzahlung geeinigt hatten. Die Auszahlung soll spätestens im März erfolgen.

Die Rede von Beate Raudies kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-26T09.58.06.427P01.00.mp4#t=8949,9328>

Steigende Energiepreise

Im Kieler Landtag wurde in der Januarsitzung der Plan der SPD-geführten Bundesregierung, einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger einzuführen, begrüßt und weitere Vorschläge gemacht. Die SPD-Landtagsfraktion will Menschen mit geringem Einkommen angesichts massiv gestiegener Energiepreise finanziell entlasten. Neben dem von der Bundesregierung im Bund geplanten Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger will die SPD-Landtagsfraktion erreichen, dass sich die Jamaika-Koalition für weitere Maßnahmen einsetzt. Es muss verhindert werden, dass in Deutschland „Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen, weil sie sich die Energiekosten nicht leisten können“, heißt es in unserem Antrag zur Begründung.

Unsere SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli betonte: „Innerhalb des vergangenen Jahres stiegen die Strompreise für Privathaushalte um rund 40 Prozent. So einen starken Anstieg gab es noch nie. Für eine kleine Familie mit einem Jahresverbrauch von rund 4.000 Kilowattstunden bedeutet das durchschnittliche Mehrkosten von über 450 Euro. Das ist schon viel Geld! Aber das ist nur der Strom. Auch die Gaspreise haben richtig zugelegt. Der Heizölpreis hat sich sogar verdoppelt... In diesen Tagen erhalten viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner Briefe, die einigen den Boden unter den Füßen wegziehen. Wir alle wissen: In manchen Bereichen kann man sich mehr oder weniger leicht einschränken. Aber wenn es um Strom und die warme Wohnung geht, dann kann man das nicht. Beides ist unverzichtbar.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen in einem so reichen Land nicht zulassen, dass Menschen in kalten, dunklen Wohnungen sitzen. Das ist eine Frage der Würde! ...Die Gründe für den krassen Anstieg der Energiekosten sind vielfältig. Und ganz schlüssig kann das vermutlich niemand erklären. Sie sind aber letztlich vor allem ein starkes Argument für den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Fossile Energien werden nicht nur immer knapper und befeuern den Klimawandel. Sondern sie sind auch ein großes Risiko für stabile Preise. Und dieses Risiko wird in den kommenden Jahren immer größer werden. Wer Versorgungssicherheit und stabile Preise will, kommt an Wind- und Solarkraft nicht vorbei...“

Die Rede von Serpil Midyatli kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-27T09.59.46.963P01.00.mp4#t=9067,9434>

Atomausstieg und Energiewende

In der Landtagssitzung am 27. Januar 2022 bekannten sich die Fraktionen mit großer Mehrheit zum Atomausstieg und lehnten das Vorhaben der EU ab, Atomenergie als nachhaltig einzustufen. Die SPD-Landtagsfraktion hatte das Thema auf die Januar Tagesordnung gesetzt. Der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Hölck in der Rede: „Die Abschaltung des Kernkraftwerks Brokdorf ist ein historischer Moment. Dieses symbolträchtige Kraftwerk steht sinnbildlich für die Atomenergie-Debatte in Schleswig-Holstein. Brokdorf steht für eine Energiepolitik, die gegen große Vorbehalte in der Bevölkerung und ohne einen gesellschaftlichen Konsens durchgesetzt wurde. Brokdorf steht für Protest. Protest gegen eine nicht nachhaltige Energiepolitik. Für heftige Auseinandersetzungen, Anfeindungen bis in das Privatleben vieler Bürgerinnen und Bürger. Im Nachhinein war es keine befriedigende Lösung, mithilfe des staatlichen Gewaltmonopols den Bau und die Inbetriebnahme durchzusetzen.“ Bereits seit Mitte der 1970er Jahre hatte sich die SPD in Schleswig-Holstein kritisch mit der Atomenergie auseinandergesetzt. „Brokdorf war immer eng verknüpft mit weltweiten Ereignissen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl hat die damalige SPD-Fraktion und ihr Vorsitzender Björn Engholm appelliert, das Kraftwerk nicht in Betrieb zu nehmen. Leider vergeblich. Die rot-grüne Bundesregierung beschloss im Jahr 2000 endlich den Atomausstieg. Nachdem die CDU-Regierung unter Merkel diesen Ausstieg zunächst wieder rückgängig machte, musste erst die nächste weltweite Katastrophe von Fukushima uns alle erschüttern, um auch der CDU auf Bundesebene klar zu machen: Atomenergie ist nicht beherrschbar. Die heutige Debatte über Brokdorf soll aber keine Geschichtsstunde werden. Sie ist leider notwendig, und erneut unser Nein zu Atomkraft...“

Abschließend sagte Thomas Hölck: „..., dass ein Umstieg auf Erneuerbare Energien nur funktioniert, wenn wir ambitioniert handeln. Diesen Weg wollen wir ohne Umwege gehen, denn es gibt keine kluge Alternative zur Energiewende. Lassen Sie uns heute die Abschaltung von Brokdorf zum Anlass nehmen, ein deutliches Signal zu setzen. Schleswig-Holstein bekennt sich zum Atomausstieg und zur Energiewende!“

Die Rede von Thomas Hölck kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-01-27T14.59.14.563P01.00.mp4#t=5432,5801>

Künstliche Intelligenz

Die Jamaika-Koalition will, dass Schleswig-Holstein bei der Entwicklung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz (KI) bundesweit eine führende Rolle übernehmen soll. Ein neues Netzwerk im KI-Bereich an den Hochschulen in Schleswig-Holstein ist geplant.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Heiner Dunckel wies ganz richtig in seiner Rede am 23. Februar 2022 auf eine fehlende Strategie der Landesregierung bei der Förderung von Künstlicher Intelligenz hin. „Es ist nicht erkennbar, nach welchen Kriterien die Projekte gefördert werden“, so Heiner Dunckel. Es sei unstrittig, dass KI als Zukunftstechnologie anzusehen sei. Jedoch sei das nicht der Verdienst der Landesregierung, sondern der Wissenschaft. Eine Vorreiter-Rolle in dem Bereich sei nicht erkennbar.... Es ist auch für uns unstrittig, dass KI eine Schlüssel- und Zukunftstechnologie ist und auch wir sehen die vielen beeindruckenden Projekte im ganzen Lande, allen voran an den Hochschulen. Sehen wir uns Ihre Bilanz einmal genauer an. Ich habe das ja schon vor gut zwei Jahren formuliert und wiederhole das heute noch einmal. Eine Strategie ist nach wie vor nicht zu erkennen, wenn man unter Strategie klare Schwerpunkte mit klaren Zielen und klar definierten Wegen und Mitteln versteht. Da es eine solche Strategie nicht gibt, kann es natürlich auch keine Fortschreibung geben, da eine Fortschreibung eben diese Strategie voraussetzt...

Einmal mehr empfehle ich Ihnen zum Vergleich die Lektüre der Konzepte und Vorhaben anderer Bundesländer – ganz zu schweigen von einem Blick über den nationalen Tellerrand. Welche KI-Landkarten Sie auch nehmen, SH kann – zu meinem Bedauern – hier nicht mithalten. Dies liegt m.E. auch daran, dass Sie keine klare Strategie mit klaren Schwerpunkten haben...“

Die Rede von Heiner Dunkel kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-02-23T15.03.42.662P01.00.mp4#t=9255,9644>

Geburtshilfe in Schleswig-Holstein stärken

Anfang Februar 2022 hatte sich der Hebammenverband Schleswig-Holstein in einem offenen Brief besorgt über Situation der Geburtshilfe geäußert. An vielen Standorten schließen derzeit die Kreißsäle. Zuletzt wurde der Kreißsaal in Ratzeburg überraschend geschlossen und auch die Geburtshilfe in Eckernförde steht endgültig vor dem Aus. Für Frauen bedeutet dies weitere Wege, längere Fahrtzeiten und ein Ausdünnen der Versorgung.

Mit einem Antrag forderte die SPD-Landtagsfraktion in der Februarsitzung einen Aktionsplan zur Stärkung der Geburtshilfe für eine sichere Geburt in allen Regionen Schleswig-Holsteins. „Eine flächendeckende Geburtshilfe sollte Teil der Daseinsvorsorge sein. Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Geburtshilfe und

Veränderungen der Rahmenbedingungen, damit Frauen eine sichere Geburt in ganz Schleswig-Holstein erleben und Hebammen in ihren Beruf bleiben und kein Nachwuchsmangel entsteht.“ Zum Aktionsplan gehören u.a. die Vergütungsstrukturen, die Einführung eines Personalschlüssels für eine 1:1 Betreuung durch Hebammen während der Geburtsphase und die Entwicklung eines Planes zum Ausbau hebammengeleiteter Kreißsäle. Die SPD-Landtagsfraktion befasst sich mit der Situation der Geburtshilfe schon seit Jahren. Wir fordern Berichte ein und konkretes Handeln. Bisher ohne Ergebnis. Unser Antrag wurde von der Jamaika Koalition nicht angenommen.

Die Rede von Serpil Midyatli kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2022-02-25T09.59.27.405P01.00.mp4#t=8896,9289>

Pressemitteilungen

Stefan Weber: Vielen Dank an Marit Hansen und ihr Team!

Pressemitteilung. Kiel 23. Februar 2022. Zum Tätigkeitsbericht der schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten für den Datenschutz erklärt der datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Weber:

„Die SPD-Fraktion bedankt sich bei der Landesdatenschutzbeauftragten und ihrem Team für ihre wichtige Arbeit und den Tätigkeitsbericht. Wir schließen uns ihrem Appell an, dass Unternehmen und Behörden für Datenschutzbelange stärker sensibilisiert werden müssen und die Wirksamkeit des Datenschutzmanagements regelmäßig überprüft werden muss. Auffallend in diesem Bericht ist vor allem die Zunahme bei den Datenpannen-Meldungen. Besorgniserregend finden wir hier die Bemerkungen zu den Datenpannen im Justiz-Bereich, insbesondere der Staatsanwaltschaften, da diese für die Betroffenen nicht selten erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen können. Damit die Landesdatenschutzbehörde auch in Zukunft adäquat mit den gemeldeten Fällen umgehen kann, braucht sie natürlich auch entsprechende personelle sowie finanzielle Ressourcen. Datenschutz und Digitalisierung gehen Hand in Hand: Informationen über Datenschutz-Angelegenheiten spielen in unsere Zeit eine zunehmend wichtige Rolle. Wir wollen Menschen mit digitalen Prozessen so vertraut machen, dass sie den Anforderungen des Datenschutzes ohne zeitliche oder personelle Überforderung gerecht werden. Wir freuen uns, dass den Bürgerinnen und Bürgern mit Marit Hansen auch in den nächsten Jahren eine unerschrockene und fachkompetente Spezialistin im Bereich des Datenschutzes Verfügung steht!“

Pressemitteilung. Kiel 28. Januar 2022. Zur aktuellen Diskussion über den Einsatz von Lolli-Tests in Kitas erklärt die stellvertretende Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Umfeld-Testungen können zu diesem Zeitpunkt nur ein zusätzliches Instrument sein. Warum der Minister sich so sehr gegen Lolli-Tests weigert, gleichzeitig diese dann in Flensburg aber nach einem neunmonatigen Streit durch seine Behörde vor kurzem genehmigt wurden, bleibt mehr als fraglich. Es gibt Produkte auf dem Markt, die beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gelistet sind. Die angebliche Gefährlichkeit oder „Nutzlosigkeit“ solcher Lolli-Tests sehen auch andere nicht. So haben sich Bundesländern wie Berlin, Bremen oder NRW in dieser Frage zum Wohle der Kinder und für den Einsatz dieser altersadäquaten Lösung entschieden. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, deshalb sollten wir ihnen auch ein kindgerechtes Angebot machen. Hätten wir die peinliche PCR-Testknappheit nicht, wäre die PCR-Pooltestung natürlich Goldstandard für die Kinder und das Kita-Personal. Es ist bitter, dass das Ministerium hier offensichtlich eher auf das Geld schaut als auf die Kinder. Grundsätzlich gilt auch hier: Am besten wäre es natürlich, wenn alle Erwachsenen sich impfen lassen würden!“

Pressemitteilung. Kiel 31. Januar 2022. Zur aktuellen Diskussion über die Nebentätigkeiten des Landtagspräsidenten erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Klaus Schlie hat mich am Mittwoch in Folge der Berichterstattung zu seiner Person aufgefordert, die offenen Fragen der SPD-Landtagsfraktion zu seinen Nebentätigkeiten konkret zu benennen. Dieser Aufforderung bin ich sehr gerne nachgekommen und habe Klaus Schlie am selben Tag die folgenden Fragen übermittelt, die nach meiner Auffassung nicht nur für unsere Fraktion, sondern auch für die Öffentlichkeit von großem Interesse sind: Welche Nebentätigkeiten haben Sie während der Mitgliedschaft im Schleswig-Holsteinischen Landtag ausgeübt, die nicht der Veröffentlichungspflicht unterlagen? In welchen Geschäftsfeldern sind die Unternehmen tätig, in denen Sie tätig waren oder sind? In welcher Beziehung stehen diese Unternehmen zueinander? An welchen dieser Unternehmen sind Familienangehörige von Ihnen beteiligt? Können Sie ausschließen, dass Familienangehörige von Ihren (unentgeltlichen) Nebentätigkeiten finanziell profitiert haben?“

Klaus Schlie hat mir zwischenzeitlich geantwortet. Selbstverständlich werde ich einen direkt an mich gerichteten Brief nicht veröffentlichen. Ich muss aber feststellen, dass keine unserer Fragen in der Sache beantwortet wurde. Die fraglichen Sachverhalte sind damit weiterhin ungeklärt. Der Ball liegt jetzt bei Daniel Günther als CDU-Landesvorsitzendem und Tobias Koch als CDU-Fraktionsvorsitzenden. Die CDU muss ein Interesse daran haben, für Klarheit zu den offenen Fragen zu sorgen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern des Landes schuldig. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Schaden vom Amt des Landtagspräsidenten und unserem Parlament abzuwenden.

Die aus CDU-Kreisen gegen Klau Schlie erhobenen Vorwürfe müssen ausgeräumt werden, falls sie der Unwahrheit entsprechen. Sollten sie zutreffen, besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Ich fordere Daniel Günther und Tobias Koch daher auf, alles Nötige zu unternehmen, um in dieser Angelegenheit schnellstmöglich für Transparenz zu sorgen. Für uns als SPD-Fraktion ist schon jetzt klar, dass wir die Konsequenzen aus den Vorkommnissen ziehen und die Transparenzregeln für Abgeordnete verschärfen wollen.“

Pressemitteilung. Kiel 16. Februar 2022. Zur MPK erklärt die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

„Die MPK hat heute den erwarteten Dreischritt der Öffnungen beschlossen, was ich begrüße. Ich danke Bundeskanzler Olaf Scholz, dass der Bund weiterhin das Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfe IV verlängert, denn bei allen anstehenden Lockerungen dürfen wir nicht vergessen, dass wir noch lange die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie spüren werden. Die Bundesregierung hat ihren Teil getan. Nun muss auch die Landesregierung konkret werden, wenn es um ihren Verantwortungsbereich geht. Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter der Pandemie. Deshalb brauchen wir eine massive Ausdehnung der sozialen Hilfen und Förderangebote an Schulen und Kitas. Besonders Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Quartieren mit beengten Wohnverhältnissen haben bisher sowohl die epidemische als auch die soziale Hauptlast der Maßnahmen getragen. Hier ist sofortiges Handeln gefragt, damit daraus nicht noch eine weitere Verschärfung der ohnehin schon entstandenen Nachteile wird.

Leider scheint Daniel Günther auch hier keinerlei Visionen für die Zukunft zu haben. Zeit genug hätte er heute gehabt in seiner wortkargen Pressekonferenz. Die hat auch deutlich gezeigt, dass die gestrige PR-Show komplett überflüssig war, wenn als einziges Ergebnis übrigbleibt, dass in Schleswig-Holstein eine Verordnung einen Tag früher kommt.“

Pressemitteilung. Kiel 15. Februar 2022. Zur heutigen Pressekonferenz zum weiteren Vorgehen in der Corona-Pandemie erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Zum Glück ist Omikron harmloser als Delta aber nicht harmlos. Die gute Impfquote und die mildere Omikronvariante haben dazu geführt, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wurde und wir in Schleswig-Holstein den Wellengipfel überschritten haben. Der Blick nach Dänemark zeigt aber, dass wenn man zu früh zu viel lockert, die Infektionszahlen auf einem sehr hohen Niveau verweilen und die Sterberate leider deutlich ansteigt.

Daniel Günther hat in der Vergangenheit häufig zu früh Lockerungen eingeläutet, um sie dann doch wieder zurücknehmen zu müssen. Ich erinnere an die Aufhebung der Maskenpflicht in den Schulen im Herbst, die kurz darauf wieder einkassiert wurde.

Ich befürchtete, dass wegen des aufziehenden Landtagswahlkampfes Daniel Günther immer mehr der Versuchung erliegt, Lockerungen über das vernünftige Maß in Aussicht zu stellen.

Andere irrlichternde Unionsministerpräsidenten wie Markus Söder oder die unzuverlässige CDU-Bundestagsfraktion sind beim schwierigen Thema der Impfpflicht wahrlich nicht hilfreich! War es doch die Union, die uns noch im Herbst aufgefordert hat, die pandemische Notlage von nationaler Tragweite nicht aufzuheben und bei der Impfpflicht schnellstmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen.

Daniel Günther sollte sich lieber damit beschäftigen, die Unionsländerfürsten und die Bundestagsfraktion wieder einzufangen, statt einen Tag vor der MPK schon wieder eigene Lockerungen zu verkünden. Auch diese wird er eventuell wieder zurücknehmen müssen. Ich habe volles Vertrauen in die von Olaf Scholz und Karl Lauterbach geführte MPK, dass sie einen Weg vorschlagen, der Maß und Mitte zwischen Lockerungen und gebotener Vorsicht findet. Erneute schleswig-holsteinische Extratouren bedarf es da nicht.

Der nächste Herbst kommt bestimmt und mit ihm die große Gefahr, dass eine weitere Coronavariante auftaucht, die wieder zu hohen Infektionszahlen führen könnte. Wir müssen deshalb vorsichtig sein, dass wir sowohl das Impfen nach den neuesten Erkenntnissen,

als auch persönliche Schutzmaßnahmen wie Maskenpflichten nicht komplett aus dem Auge verlieren.“

**Landtagsrede von Serpil Midyatli am 24. Februar 2022 zu TOP 34A:
Dringlichkeitsantrag „Völkerrechtsbruch durch Russland nicht hinnehmen“
(Drs. 19/3662)**

Serpil Midyatli: Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine!

„Es gibt Momente, in denen man das ungute Gefühl hat, hier passiert gerade etwas von welthistorischer Bedeutung. Damit wollte ich morgen meine Rede beginnen. Heute muss ich leider sagen: ich hätte nie gedacht, dass ich in meinem Leben jemals den Satz aussprechen muss und werde: Wir haben Krieg in Europa. Das ist ein rabenschwarzer Tag für Europa, die Welt, für unsere gesamte Nachkriegsordnung und vor allem für die Menschen in der Ukraine. Mir ist an erster Stelle wichtig in dieser Situation zu betonen: Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine. Wir sind mit unserer ganzen Solidarität und unseren Herzen bei den Menschen.

Wir erleben eine Zeitenwende. Knapp 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht ein neuer Flächenbrand in Europa. Aufgabe ist es jetzt, eine solche Katastrophe zu verhindern. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen ist und auf das Schärfste zu verurteilen ist. Russland muss diese Militäraktion sofort einstellen. Es ist das Ende unserer europäischen Friedensordnung, die auf der vor 49 Jahren verabschiedeten KSZE-Schlussakte von Helsinki basiert. Verehrte Kolleginnen und

Kollegen, vereinbart wurde: Souveräne Gleichheit aller Staaten, keine Androhung oder Anwendung von Gewalt, Unverletzlichkeit der Grenzen. Die damalige Sowjetunion hat das alles unterschrieben. Und die Russische Föderation hat sich 1992 ebenso dazu bekannt. Das war ein großer Sieg der Menschlichkeit. Die Verwirklichung eines Prinzips, das Egon Bahr gerne als die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren bezeichnet hat. All das ist weggefegt durch Putins Großmachtstreben. Spätestens seit heute morgen ist klar, was wir am Montag in seiner aggressiven und rein nationalistischen Rede bereits feststellen konnten: Es geht Putin nicht um die Ostukraine, es geht ihm um den gesamten ukrainischen Staat, dessen Legitimation er nicht anerkennt. Es geht ihm darum, die geostrategische Lage in Europa zu verändern. Putin verschiebt die Grenzen Europas mit militärischer Gewalt! Darauf muss es jetzt sehr schnell und eng abgestimmt mit unseren Partnern in EU, NATO und der G7 entschlossene Reaktionen geben. Und das passiert gerade. Je mehr sich Russland isoliert, desto fester suchen wir den Schulterschluss. Das muss jetzt sehr deutlich werden. Harte Sanktionen müssen auf die bereits gestern durch die EU verhängten folgen. Sie müssen Russland wirtschaftlich und finanziell treffen mit Folgen, die Russland nicht länger ignorieren kann.

Wir begrüßen, dass Deutschland sofort reagiert hat und Nord Stream 2 vorläufig gestoppt hat. Und lassen Sie mich auch das kurz sagen: Die Situation macht uns noch einmal sehr deutlich, wie wichtig es ist, die Unabhängigkeit im Bereich der Energieversorgung voranzutreiben. Wir haben in Schleswig-Holstein die besten Voraussetzungen, unseren Beitrag dazu zu leisten. Aber vor allem sollte uns allen klar sein, Krieg und militärischer Einsatz dürfen niemals eine Antwort sein darf. Das wissen wir aus unserer Geschichte heraus am besten. Wir wissen, was Krieg bedeutet: Er bringt ausschließlich Leid über alle Menschen, die davon betroffen sind. Er ist keine Lösung und es gibt keine, ich betone: KEINE Rechtfertigung dafür. Es muss jetzt um eine schnelle Konfliktlösung gehen. Der militärische Einsatz muss sofort beendet werden und es muss alles getan werden, die Situation zu deeskalieren.

Lassen Sie uns alle in dieser Situation einen kühlen Kopf bewahren und uns auf unsere Werte berufen. Lassen Sie uns gemeinsam mit all unseren Verbündeten, mit der Weltgemeinschaft verstärkt alle Anstrengungen unternehmen, um auf den Weg der diplomatischen und politischen Konfliktlösung zurückzukehren. Wir müssen es schaffen, Russland wieder an den Verhandlungstisch zu bewegen und sei er noch so lang. Es gilt jetzt, eine weitere militärische Eskalation in Europa unbedingt zu verhindern! Wir sind mit unseren Gedanken und Herzen bei der ukrainischen Bevölkerung.“

Redaktion: Michael Schmidt – Kiel / Kaltenkirchen